

„Ein freier Mensch muss es ertragen können, dass seine Mitmenschen anders handeln und anders leben, als er es für richtig hält, und muss sich abgewöhnen, sobald ihm etwas nicht gefällt, nach der Polizei zu rufen.“ - Ludwig von Mises: Liberalismus, Teil I, Kapitel 11

Der Liberalismus ist weder als politisches, noch als wirtschaftliches oder kulturelles Phänomen eine Neuerscheinung. Entstanden aus dem Aufstand gegen die „gottgewollte“, absolutistische Ordnung der Neuzeit, hat er bis heute nichts von seiner Brisanz eingebüßt. Denn obwohl Europa heute mehrheitlich von demokratisch gewählten Regierungen beherrscht wird, konnte sich dennoch der Gedanke der bedingungslosen Freiheit des Einzelnen nicht durchsetzen. Die Menschen sehnten sich seit der Geburtsstunde der demokratischen Staaten in Mitteleuropa – dem Ende des ersten Weltkrieges – immer nach einer „starken Hand“, einem Alleinherrscher, der für sie ihre Probleme löst – auch zum Preis der eigenen Freiheit. Wann immer es politische, wirtschaftliche oder soziale Probleme gab, wurde auch der Ruf des Volkes nach einem starken Mann laut. Manche dieser starken Männer zeigten sich als lupenreine Diktatoren, andere übten die absolute Macht lediglich im Rahmen des demokratisch Möglichen aus. Zumeist wurden damit auch die aktuellen Probleme gelöst – ob nun unter Hitler die Massenarbeitslosigkeit oder unter Kreisky der fehlende Sozialstaat –, doch sie alle schufen damit nur neue Probleme, wie Kriege oder übermäßige Staatsverschuldung. Auch heute befinden wir uns wieder in einer Zeit der Krisen. Und auch heute wünscht sich das Volk wieder einen starken Mann, der mit der politischen Misswirtschaft aufräumt und die Wirtschaftskrise beseitigt. Dies zeigt sich an kleinen Begebenheiten, wie einem Felix Baumgartner, der sich in einem Interview den starken Mann herbeiwünscht, oder in den Wahlergebnissen in Europa, wo die rechten Fraktionen immer mehr Stimmen gewinnt. Aber nicht nur rechte Bewegungen sind Feinde der Freiheit, auch Vertreter politisch linker Parteien streben danach, die Freiheit des Individuums für „das größere Wohl“, für die Gesellschaft einzuschränken.

All diese Menschen sind gewillt, große Teile ihrer persönlichen Freiheit aufzugeben, nur um einige Probleme für sie gelöst zu wissen. Nicht nur, dass sie nicht die Initiative zur Problemlösung ergreifen, nein, sie geben auch noch die Verantwortung ab. Sie hören auf, Individuen zu sein, und werden Teil einer Gruppe von Meinungslosen, wie Schafe in einer Herde, die sich vom Schäfer von Weideplatz zu Weideplatz führen lassen. Doch ebenso wie die Schafe geschert und geschlachtet werden, so zahlen auch die Menschen ihren Preis dafür. Anstatt Leistungen des Einzelnen zu honorieren, bestraft die nicht-liberale Gesellschaft diesen, weil er sich von der Masse abhebt.

Nehmen wir beispielsweise an, Herr Müller besitzt einen Betrieb, der große Gewinne erzielt. Der

kommunistische Staat enteignet ihn, da er durch seine Tüchtigkeit etwas Eigenes besitzt. Der sozialdemokratische Staat fordert von ihm Reichenabgaben und berechnet ihm prozentual höhere Steuersätze, weil er mehr besitzt und somit in den Augen der Bevölkerung „eh was beitragen kann“. Der faschistische Staat enteignet ihn, weil er sich sein Denken nicht vorschreiben lassen will. Der liberale Staat gönnt ihm seinen Besitz, den er verdient erworben hat und behandelt ihn nicht anders, als jeden anderen Menschen. In welchem Staat wird er nun leben wollen?

Was für Herrn Müller gilt, gilt auch für jeden anderen Menschen, der in Freiheit leben möchte. Solange Freiheit und Rechtsstaatlichkeit die Prämisse für das Handeln jedes Einzelnen ist, besteht keine Notwendigkeit für den Staat, jemandem etwas vorzuschreiben. Jeder, der tüchtig genug ist, kann Wohlstand erlangen. Jeder kann leben, wie es seinem Naturell und seinen Einstellungen entspricht. Unsere Vorstellungen von dem, was „Richtig“ und was „Falsch“ ist, hängen immer von unserem persönlichen Standpunkt ab. Jemand, der politisch gemäßigt ist, wird den Extremismus verteufeln. Jemand, der eher faschistisch eingestellt ist, wird sich mit aller Kraft gegen linke Bewegungen richten. Wer liberal ist, wird kaum mit Konservativen sympathisieren. Der aufmerksame Leser wird hier anmerken, dass es doch sicherlich nicht im Interesse des liberalen Denkers sein kann, wenn rechts- oder linksextreme Bewegungen an die Macht gelangen, weil dies wiederum die individuelle Freiheit einschränken würde. Der aufmerksame Leser hat recht, allerdings vergisst er, dass zum einen eigenständige Menschen selten diese Gruppen unterstützen, und sich diese Gruppen für gewöhnlich selbst ihr Grab schaufeln. Wie sich in der Wirtschaft der Markt selbst reguliert, so muss sich auch die politische Landschaft selbst regulieren. Es mag durchaus Situationen geben, in denen diese Gruppen breiteren Zulauf erhalten, doch verteilt sich dieser Zulauf für gewöhnlich sowohl auf die linke, als auch auf die rechte Seite des Spektrums. Und warum sollten nationalistische Gruppen keinen Zulauf bekommen, wenn sich eine Nation unterdrückt fühlt?

Der liberale Denker wünscht sich natürlicherweise eine liberale Einstellung dieser Gruppen, allerdings ist diese nicht zwingend erforderlich, da zum Beispiel eine faschistische Gruppe ihren Zulauf verlieren wird, sobald ihr vorgebliches Ziel – die Befreiung des Landes aus der Unterdrückung – erreicht hat, weil ihre Einstellung dem natürlichen Freiheitsstreben des Menschen zuwiderläuft. Sobald sie sich jedoch selbst als Diktatur profiliert, werden die Menschen, die schon gegen ein anderes Land gekämpft hatten, um ihre Freiheit zu erlangen, erst recht auch gegen die Diktatur protestieren.

Natürlich ist es einfacher, andere für sich denken zu lassen. Der Staat, die Partei, die Familie. Sie alle nehmen dem unfreien Menschen seine Entscheidungen ab. Was er arbeitet, was er kauft, wie er

redet, wie er sich verhält. Es wiegt ihn in Sicherheit, denn warum sollte er sich Sorgen machen? „Die da oben“, „die Anderen“, werden es schon für ihn regeln. Besonders für diejenigen unserer Mitmenschen, die weniger begütert sind oder gesellschaftlich am Rand stehen, besitzt dieser Gedanke verständlicherweise eine gewisse Faszination, die dem Gedanken entspringt, in Sicherheit, Anerkennung und Frieden leben zu können. Solange diese Menschen dabei demokratisch bleiben, ist dieser Wunsch problemlos, ja beinahe wünschenswert, da es selbst in der liberalsten Gesellschaft zu Schicksalsschlägen kommen kann, die nicht selbst verschuldet sind. In diesen Situationen ist der Staat gefordert, um diesen Menschen eine Existenz zu ermöglichen. Trotzdem darf der Staat soziale Gerechtigkeit, oder das, was er dafür hält, nicht erzwingen. Es ist gut und richtig, Chancengleichheit zum Beispiel in der Bildung zu fördern. Es ist falsch, diese auf Kosten der Talentierteren zu erzwingen und jeden auf ein „gleiches“ Mittelmaß hinunter zu drücken oder hinauf zu pressen. Es gibt keine „völlige Gleichheit“, solange sie nicht auf Kosten des Einzelnen erzwungen wird. Sobald Gleichheit jedoch erzwungen wird, fördert sie nicht mehr die Gesellschaft, sondern nur diejenigen, die entsprechend George Orwells „Farm der Tiere“ „gleicher als gleich“ sind und diejenigen, die das System auf Kosten der Fleißigen, Tüchtigen und Motivierten ausnützen. Jeder Mensch ist von Geburt an verschieden, und die Freiheit fordert von uns, diese Verschiedenheit, diese unterschiedlichen Talente, zu fördern. Wenn Ungleichheit künstlich geschaffen wird, indem beispielsweise Kinder wohlhabender Menschen bessere Bildungschancen haben, weil sich weniger wohlhabende Eltern diese Art der Ausbildung für ihre Kinder trotz ausreichenden Talents der Kinder nicht leisten können, ist sie kontraproduktiv, weil sie die Entstehung einer Oligarchie fördert, die der Freiheit des einzelnen gegenüber steht.

Ludwig von Mises spricht davon, dass ein freier Mensch die Andersartigkeit der Anderen ertragen muss. Dieser Gedanke lässt sich fortspinnen: Jeder freie Mensch muss erkennen, dass er sich mit der Verurteilung der Einstellungen oder der Moral anderer, selbst zum Unterdrücker aufschwingt. Er verliert den Blick für das Ganze, hört auf, an die Grundsätze der Freiheit zu glauben, denn er ist ja - wie er glaubt - im Recht. Weil er die - seiner Meinung nach - „richtige“ Meinung vertritt, hat er das Recht, andere Meinungen zu unterdrücken und ihren Vertretern seine Meinung aufzuzwingen. Er ruft, wie Mises sagt „nach der Polizei“, nach einem Vertreter des Systems, der Masse, deren Meinung er teilt, um diese Meinung, deren ultimativer Wahrheitsanspruch sich in keinster Weise argumentativ oder empirisch beweisen lässt, mit Gewalt durchzusetzen. Und trotzdem glaubt er, den Gedanken der Freiheit zu vertreten, weil er ja sämtliche anderen Ansichten bestehen lässt, die seine eigene nicht widerlegen oder ihr zu sehr widersprechen.

Er könnte nicht falscher liegen.

Freiheit bedeutet, auch unbequeme Gedanken zuzulassen, Menschen auf unorthodoxe Weise leben

zu lassen, sich selbst nicht für wichtiger als die anderen zu halten, anderen ihre Verdienste zu gönnen. Unfreiheit muss sich nicht offener Unterdrückung äußern. Es reichen einfache Zeitungsartikel oder Mund-zu-Mund Propaganda, um die Freiheit des einzelnen einzuschränken, da seine Meinung, seine Art zu leben nun gegen die der Masse steht.

Der freie Mensch dagegen sollte sich auch als „der tolerante Mensch“ bezeichnen können und als solcher verstehen. Toleranz zeichnet ihn aus, weil er seine Meinung nicht vor andere stellt, weil er erkennt, dass niemand die „ultimative und letztendliche“ Wahrheit für sich gepachtet haben kann, dass das, was die Gesellschaft als Wahrheit anerkennt, nur die am Besten den derzeitigen Zuständen angepasste Meinung ist. Wenn man einem Azteken des 15. Jahrhunderts hätte klarmachen wollen, das Menschenopfer etwas schlechtes seien, hätte man vermutlich genauso wenig Erfolg, wie damit, einem aufgeklärten Europäer des 21. Jahrhunderts zu erklären, dass eine absolutistische Monarchie, die von Fürstenwillkür geprägt ist, die optimale Staatsform sei.

Trotzdem müssen auch diese Ansichten respektiert und erlaubt werden – mit der Einschränkung, dass die mit dem Opfern verbundene Tötung von Menschen der Rechtsstaatlichkeit zuwiderläuft, die für eine funktionierende liberale Gesellschaft unbedingt notwendig ist. Das bedeutet, dass jemand zwar der Meinung sein darf, das Menschenopfer Sinn machen und seiner religiösen Einstellung entsprechen, allerdings diese nur dann durchführen darf, wenn dabei keine Menschen getötet werden. Allerdings besteht diese Einschränkung nicht, weil seine Ansichten falsch sind, sondern weil sie den rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechen, auf denen die Gesellschaft aufgebaut ist.

„Ein freier Mensch muss es ertragen können...“, schrieb Ludwig von Mises. Ein freier Mensch muss vieles auf dem Weg der Freiheit ertragen können, besonders, dass seine Ansichten häufig nicht denen der breiten Masse entsprechen. Trotzdem ist es seine Pflicht als freier Mensch, daran nicht zu verzweifeln, sondern die Andersartigkeit seiner Mitmenschen als wünschenswertes Phänomen einer liberalen Gesellschaft anzuerkennen. Auch wenn die Gesellschaft liberal ist, darf er sich nicht dazu hinreißen lassen, die anderen Menschen schlecht zu machen oder sich als wichtiger als die anderen anzusehen. Stattdessen soll er die Freiheit und Vielfalt fördern und seine Mitmenschen und deren Ansichten respektieren.